

Ansprache

Ihre Innovationen sind unsere Zukunft!

Herausforderungen und Chancen der schweizerischen Forschungspolitik

Nationalrätin Viola Amherd

an der regionalen Veranstaltung von Euresearch in Visp

26. April 2006

Es gilt das gesprochene Wort

(Anrede)

Meine Damen und Herren, sie haben gehört, was das Forschungsprogramm 7 der EU für uns bereithält.

Um was geht es?

- Es geht darum, den Sprung in die moderne Wissensgesellschaft zu schaffen.
- Es geht darum, eine gesunde Wirtschaft zu erhalten. Eine Wirtschaft, die bereit und fähig ist, auf Innovationen einzugehen und sie sogar selber voranzutreiben.

Nur eine innovative Wirtschaft ist eine gesunde Wirtschaft.

- Und deshalb geht es darum, als Unternehmen im Zeitalter der Globalisierung konkurrenzfähig zu sein.

Denn Ihre Innovationen sind die Zukunft unserer Gesellschaft!

Niemand bestreitet heute, wie wichtig Bildung, Forschung und Technologie für jeden Einzelnen, aber auch für die Gesellschaft als Ganzes ist. Dabei denke ich nicht nur an den bekannten Mangel an Rohstoffen, der uns zwingt, mit unseren Köpfen etwas anzustellen.

In den letzten Jahren hat die Globalisierung die Bedeutung von Bildung, Wissenschaft und Forschung erhöht. Das hat enorme Auswirkungen auf die Gesellschaft im Allgemeinen und die Wirtschaft im Besonderen. Die Entwicklung zum globalen Dorf, zu weltweiten Finanz-, Wissens- und Warenströmen belohnt innovative Gesellschaften. Gesellschaften, die Entwicklungen, Ideen und Konzepte schnell und gezielt auf den Markt bringen.

Und umgekehrt haben diejenigen das Nachsehen, die sich dieser Entwicklung verschliessen.

Das gilt auch – und besonders – für das Wallis. Die hohen Berge um uns herum und unser stolzes Selbstbewusstsein schützen uns nicht vor diesen Entwicklungen.

Sie hindern uns aber auch nicht daran, am Fortschritt teilzunehmen!

Nur:

Wir müssen daran teilnehmen wollen!

Wir müssen die Chancen, die sich uns bieten, erkennen und zupacken!

Das 21. Jahrhundert wird zum Zeitalter einer weltumspannenden Wissensgesellschaft. Ihre drei Pfeiler, Bildung, Forschung und Technologie, wer-

den für jeden Einzelnen, aber auch für die Gesellschaft als Ganzes zentrale Bedeutung erhalten.

Was es dazu braucht, ist – vereinfacht gesagt – dreierlei:

- Erstens die Möglichkeit der Forschung auf den uns interessierenden Gebieten. Das braucht Geld, das braucht die Konzentration auf Schwerpunkte und das braucht eine sinnvolle und effektive Forschungspolitik, die optimale Rahmenbedingungen für den Wissensaustausch zwischen Forschern und Unternehmen schafft.
- Es braucht zweitens aber auch den Zugang für kleine und mittelständische Unternehmen zu den Ergebnissen der Forschung. Die KMU sind das Rückgrat unserer Wirtschaft. Grosse Firmen haben oft eigene Forschungsabteilungen. KMU dagegen sind auf die Zusammenarbeit mit der Forschergemeinde angewiesen.
- Und drittens braucht es die Chance, an internationalen Projekten teilzunehmen. Denn wer auf dem weltweiten Markt bestehen will, braucht weltweite Informationen und Kontakte.

Das europäische Programm FP 7 ist eine solche Chance. Eine Chance insbesondere dann, wenn wir selber mitbestimmen können, wo die Forschungsschwerpunkte gesetzt werden. Und das können wir, wenn wir uns maximal engagieren.

Sie haben es gehört:

Durch die Assoziation am europäischen Forschungsprogramm können wir mehr erwirken als durch bloße Beteiligung an fremdbestimmten Projekten. Genau aus diesem Grund werde ich mich auch im Parlament dafür einsetzen, dass wir diesen Weg der Assoziation wählen.

Wir werden mehr investieren, um mehr herausholen zu können.

Das ist auch mein Ziel in Bern:

Ich halte das für eines der zentralsten Anliegen des Staates, optimale Rahmenbedingungen für innovative Unternehmen zu schaffen. Mindestens so wichtig wie die Lockerung der Regulierungsschraube.

Bildung und Wissenschaft sind darum zentrale Bestandteile einer erfolgreichen Gesamtpolitik eines Landes. Die Schweiz benötigt eine klar strukturierte, effektive und effiziente Bildungs- und Forschungspolitik.

Unsere Nachbarn haben aufgeholt. Länder wie Finnland und Schweden haben die Schweiz mit ihren Forschungsausgaben sogar überholt. Traditionell forschungsfreundliche Staaten wie die USA oder Japan kündeten grosse zusätzliche finanzielle Mittel an. Nach einer Stagnation der staatlichen Ausgaben in den 90er Jahren müssen also Bundesrat und Parlament handeln.

Der Bundesrat hat sich bis jetzt für die 2004 bis 2007 mit rund 16 Milliarden Franken für Bildung, Forschung und Innovation engagiert. Dabei hat er vier Ziele formuliert:

- die Neuausrichtung der Ausbildung auf der Sekundar- und Tertiärstufe,
- die Förderung der Grundlagenforschung insbesondere über den Schweizerischen Nationalfonds,
- die gezielte Unterstützung von Innovationen,
- die Förderung der internationalen Zusammenarbeit.

Das Parlament hat 2003 beschlossen, trotz Entlastungsprogramm die Mittel für die Forschung jährlich um 5 Prozent aufzustocken.

Und nun? Der Bundesrat will noch in diesem Jahr in voraussichtlich zwei Botschaften die Grundla-

gen bis 2011 für Bildung und Forschung dem Parlament unterbreiten.

Auch in der Hochschulpolitik – sei es im Bereich der Fachhochschulen oder der Universitäten – warten wir gespannt auf die Vorschläge des Bundesrates.

Die involvierten Interessenverbände des Bildungswesens sind im Moment daran, ihre Vorstellungen auszuarbeiten. Da gibt es neben Euresearch den Nationalfonds, die Universitäten, die ETHs in Zürich und Lausanne, die Fachhochschulen und ihre Forschung, die Kommission für Technologie und Innovation KTI. Nicht zu vergessen die zahlreichen privaten Institutionen und Stiftungen, welche in der Forschung tätig sind.

Wir müssen mehr in Forschung und Entwicklung investieren. Das ist meine grundsätzliche Überzeugung.

Auch die Fraktion der CVP unterstützt zusätzliche finanzielle Mittel für Forschung und Innovation.

Aber natürlich brauchen wir Kriterien, die uns das Setzen von Prioritäten erlauben. Diese liegen für mich in erster Linie dort, wo die wirtschaftliche Wertschöpfung unseres Landes gefördert wird:

1. Schwerpunkte in der Spitzenforschung legen:

Zusätzliche Mittel sind dort sinnvoll, wo wir zukunftssträchtige Schwerpunkte in zukunfts-trächtigen Technologien bilden können. Diese Mittel sollen nicht mit der Giesskanne an alle verteilt werden. Sondern sie sollen jene Gebiete fördern, wo wir eine Chance auf einen Spitzenplatz haben.

2. Auf Zukunftsthemen setzen:

Zusätzliche staatliche Forschungsförderung darf und muss sich auf Themen beschränken, die aus heutiger Sicht besonders zukunftssträchtig sind. Wie zum Beispiel Nanotechnologie und Materialforschung, Medizinaltechnologie, Life Sciences, Umwelttechnologien, Energie und nachhaltiges Bauen.

3. Vernetzung fördern:

Die zusätzlichen Mittel für die Forschung haben vernetzten Projekten zu dienen, welche den Austausch von Wissen erlauben. Diese Forschung ist darum so wichtig, weil sie der Standortbestimmung unseres Forschungsplatzes dient. Durch Vernetzung gelangen Forschungsergebnisse schneller dorthin, wo sie umgesetzt werden.

Und in dieses Netzwerk müssen wir viel mehr auch unsere Klein- und Mittelbetriebe einbinden. Was mich zum vierten Punkt bringt:

4. Anwendungsorientierte Forschung für KMU:

Gerade in kleineren Unternehmen bestehen oft Probleme, Geld und Zeit für konkrete Forschungs- und Entwicklungsprojekte zur Verfügung zu stellen. Aber genau die kleinen Unternehmen können mit guten Ideen rasch und erfolgreich auf den Markt treten.

Für die Wirtschaft ist die anwendungsorientierte Forschung entscheidend. Zusätzliche Mittel müssen insbesondere Programmen zufließen, die Ideen, Erfindungen und Konzepte rasch zum Durchbruch verhelfen.

Da die Wirtschaft zum überwiegenden Teil aus kleinen und mittleren Betrieben besteht, ist es nötig, dass auch die kleinen und mittleren Unternehmen die Möglichkeiten nutzen, die sich aus der Forschungsförderung ergeben.

Durch die Zusammenarbeit in Europa ist ein europäischer Forschungsraum entstanden. Die EU ist gewillt, ihr Engagement in Bildung und Forschung massiv zu erhöhen. Ziel des Europäischen Forschungsraums ist gemäss Grundlagen der europäischen Kommission die «Beseitigung von Hindernissen, die der Freizügigkeit der Wissenschaftler, des Wissens und der Technologien in Europa entgegenstehen».

Und wir grenzen im Oberwallis direkt an diesen europäischen Forschungsraum. Wir sind sogar mitten drin!

- Nur wenige Fahrminuten südlich von uns existiert einer der florierendsten Wirtschaftsräume Europas
- Europa fährt sozusagen täglich an uns vorbei. Und in Zukunft wird diese Situation für uns mit der NEAT noch komfortabler. Das müssen wir nutzen können!
- Wir haben Potential!

Wir sind mit den modernsten Telekommunikationsmitteln vernetzt, dem A und O einer modernen Wirtschaft und Voraussetzung für Innovationen.

Unsere Verkehrsanbindung wird in naher Zukunft mit dem Autobahnanschluss und der NEAT optimiert. Wir liegen im Bereich zweier internationaler Flughäfen, mit Anbindung

an die ganze Welt: Zürich Kloten und – nicht zu vergessen – Mailand Malpensa.

- Wir besitzen ein zumindest im internationalen Umfeld gutes Steuerklima für Unternehmen
- Und wir besitzen eigentlich auch viele schlaue Köpfe.

Eigentlich, denn viele dieser Köpfe verlassen leider das Wallis nach ihrer Ausbildung. Ein bekanntes Problem, das wir haben, weil wir zuwenig qualifizierte Arbeitsplätze bieten können. Dies zeigen die kürzlich erfolgten Untersuchungen zum sogenannten «Brain Drain» sehr deutlich. Um die gut ausgebildeten Walliserinnen und Walliser in unserem Kanton behalten zu können, müssen wir also ein innovationsfreudiges, herausforderungsreiches Umfeld schaffen.

Wir können und dürfen uns nicht auf traditionelle, gewachsene Strukturen verlassen. Das Beispiel ALCAN hat uns das einmal mehr überdeutlich vor Augen geführt. Ich meine, es ist richtig, für die Arbeitsplätze, die auf dem Spiel stehen, zu kämpfen. Aber ebenso sollte uns das Ansporn sein, nach sinnvollen Investitionen in die Zukunft zu suchen. Investitionen in optimale Rahmenbedingungen

Investitionen aber auch von Ihnen, meine Damen und Herren, in die Nutzung dieser Chancen.

Die anwendungsorientierte Forschung gehört da für mich an die erste Stelle.

Wir haben uns mit dem JA zu den bilateralen Verträgen deutlich für die internationale Zusammenarbeit im Forschungsbereich ausgesprochen. Auch im Oberwallis.

Jetzt müssen wir die Chance nutzen.

Gesucht sind einzigartige Ideen die von KMUs in Zusammenarbeit mit Forschungseinrichtungen rasch auf den Markt gebracht werden sollen. Verschiedene Förderagenturen des Kantons und des Bundes stehen Ihnen dabei zur Seite. Zwei davon sind hier vertreten: Euresearch und „TheArk“.

Das kommende siebte europäische Forschungsprogramm ist eine Chance für die Schweizer Wirtschaft im allgemeinen und die Walliser Wirtschaft im Besonderen. Nehmen Sie an diesem Forschungsprogramm teil, mit Ihren Ideen, Fragen und Konzepten.

Ihre Innovationen sind die Zukunft unserer Region!